



Neustadts Problemzone: Ab der Zwocckelsbrücke in Richtung Westen ist die bestehende B 39 nach Ansicht der Stadt alles andere als optimal.

FOTO: LINZMEIER-MEHN

Neue B 39 nicht in trockenen Tüchern

NACHGEHAKT: Bund will nur für notwendigen Ausbau zahlen, nicht für stadtplanerisch Wünschenswertes

Das Bundesverkehrsministerium in Berlin will im Laufe des Frühjahrs über die geplante Stadtdurchfahrt in Neustadt entscheiden. Es hat auf Anfrage der RHEINPFALZ aber klargemacht, dass aufgrund haushaltsrechtlicher Grundsätze kein „städtebaulich veranlassetes Umgestalten einer Ortsdurchfahrt“ finanziert werde.

Wie wiederholt berichtet, will die Stadt die Bundesstraße 39 im Bereich der Innenstadt an die Bahntrasse verlegen. Etwa zwischen Zwocckelsbrücke und Esso-Tankstelle in der Landauer Straße soll die Bundesstraße auf rund 270 Meter Länge in einen überdeckelten Trog unter dem Bahnhofplatz hindurch verlegt werden. Oberbürgermeister Hans Georg Löffler (CDU) hatte kürzlich im RHEINPFALZ-Gespräch erklärt: Der Bund zahlt alles (Ausgabe vom 4. Februar).

Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums muss der Umbau „aus dem den Land jährlich zur Verfügung gestellten Bundesmitteln des Um- und Ausbaus von Bundesfernstraßen erwirtschaftet werden“. Wie hoch dieser Etat ist und mit welchen anderen Bundesstraßen-Umbauten Neustadt sich den Topf teilen müsste, war am Fasnetdienstag weder in Berlin, noch in Mainz zu erfahren.

Das Berliner Ministerium stellte zudem fest, dass der Ausbau einer Ortsdurchfahrt nicht über die notwendigen Maßnahmen hinausgehen dürfe, die zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit erforderlich seien, um den künftigen Verkehr sicher und mit angemessener Qualität aufzunehmen. Jedenfalls seien die haushaltsrechtlichen Grundsätze des Bundesfernstraßenbaus zu beachten. „Städtebaulich veranlassetes Umgestalten einer Ortsdurch-

fahrt ist keine Aufgabe des Straßenbausträgers Bund“, so das Ministerium. Daher sei bei der Prüfung äußerste Sorgfalt erforderlich. Städtebaulich ist insbesondere der Straßentrog unter dem Bahnhofsvorplatz hindurch begründet worden, weil die Bundesstraße den Bahnhof- und Saalbau-Bereich stark von der Innenstadt trenne.

Der Bergsteintunnel steht noch mit 45 Millionen Euro im Verkehrswegeplan.

Noch ist auch unklar, wie sich die geplante Stadtdurchfahrt auf den sogenannten Bergsteintunnel auswirkt. Dieser vor vielen Jahren diskutierte, aber politisch kaum durchsetzbare Tunnel, der im Osten irgendwo zwischen Mußbacher Kreisel und Haardt beginnen und im Westen etwa bei der ehemali-

gen Papierfabrik Hoffmann & Engelmann enden würde, steht nach wie vor als „weiterer Bedarf“ im Bundesverkehrswegeplan von 2003. Darin sind bis 2015 rund 66 Milliarden Euro für den Neu- und Ausbau der Schienenwege des Bundes, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen vorgesehen. Für Rheinland-Pfalz sind 71 Maßnahmen mit Kosten von knapp 2,2 Milliarden Euro als vordringlicher Bedarf vorgesehen, 97 Maßnahmen mit einem Investitionsbedarf von knapp 3,7 Milliarden Euro als weiterer Bedarf. Eine Ortsumgehung Neustadt im Zuge der B 39 ist dort mit 3,1 Kilometern Länge und 45,2 Millionen Euro aufgelistet.

Das Bundesministerium hat Neustadt gebeten, verschiedene Varianten für einen verkehrsgerechten Ausbau sowie zur Verlegung der B 39 zu untersuchen. Für eine Entscheidungsgrundlage sei ein detail-

liertes Ausbau-/Verlegungskonzept mit Alternativlösungen, Begründungen und Kostenangaben notwendig. Diese Untersuchungen und Vorplanungen lägen seit kurzem vor, es seien aber noch Rückfragen erforderlich, weshalb man zur Realisierung und Finanzierung der kompletten Planung oder Teilen davon noch nichts sagen könne.

Der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Grossmann (SPD), hat die Antwort auf die RHEINPFALZ-Anfrage auch dem Neustadter SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Rössmann zugeleitet. Der schließt daraus, vor dem Hintergrund dieser Mitteilung sei es unverständlich, wie Oberbürgermeister Hans Georg Löffler habe behaupten können, „der Bund zahle alles“. Auch bei der Stadtverwaltung Neustadt war gestern niemand für eine Stellungnahme zu erreichen. (boe)

KOMMENTAR

Berlin tritt auf die Bremse

VON SEBASTIAN BÖCKMANN

Die Stadtverwaltung Neustadt hat bei der geplanten B-39-Verlegung noch lange nicht alle Hürden bewältigt.

Es ist schon erstaunlich: Das Bundesverkehrsministerium braucht drei Wochen, um eine Antwort auf eine Presseanfrage aus Neustadt zu beantworten, entschuldigt sich wortreich mit „Abstimmungsproblemen“ im Hause, produziert einen reichlich verschwurbelten Text und sieht sich kurzfristig nicht zu Antworten auf Nachfragen in der Lage. Aber zugleich hat der Staatssekretär nichts Eiligeres zu tun, als diese Antwort seinem Neustadter Parteifreund Ressmann zuzuleiten. Das sieht nicht gut aus für die großen Pläne der CDU-FWG-Mehrheit im Rat: Offenbar ist das Projekt nicht nur in der Kommunalpolitik umstritten, sondern genießt auch im SPD-geführten Bundesverkehrsministerium nicht den allerhöchsten Stellenwert.

Natürlich muss ein solches Mammutvorhaben sorgfältig geprüft werden, und das dauert seine Zeit. Was man aber jetzt schon sagen kann: Es wird kein einfacher Durchmarsch für Neustadt, die Stadtdurchfahrt am Bundesverkehrswegeplan vorbeizumogeln. Warten wir mal ab, ob Berlin der Bergstein-Tunnel im weiteren Bedarf (am St. Nimmerleinstag) nicht lieber ist als ein möglicherweise kaum billigerer Stadtumbau in wenigen Jahren. Die mündliche Zusage aus Berlin, auf die sich Oberbürgermeister Hans Georg Löffler (CDU) Löffler gerne beruft, ist noch nicht allzuviel wert.